SAARLÄNDISCHER STÄDTE- UND GEMEINDETAG

Saarbrücken, den 24. November 2025

RESOLUTION

des Präsidiums des Saarländischen Städte- und Gemeindetages vom 24. November 2025, beschlossen in Saarbrücken:

„Wettbewerbsfähigkeit sichern – Transformation ermöglichen“

Der Saarländische Städte- und Gemeindetag (SSGT) vertritt die Interessen aller Städte und Gemeinden unseres Landes. Gemeinsam stehen wir an der Seite der saarländischen Stahlstandorte, die im Zentrum der Transformation hin zu klimaneutraler Produktion stehen.
Die Transformation der Stahlindustrie ist ein zentraler Schlüssel für die industrielle Zukunft Europas. Sie darf jedoch nicht zu Marktverwerfungen und Investitionshemmnissen führen, sondern muss den Weg zu wettbewerbsfähigem grünem Stahl ebnen. Nur so bleibt der Industriestandort Saarland – und damit auch die deutsche und europäische Industrie insgesamt – stark im internationalen Wettbewerb.
Wir bekennen uns klar zu diesem Weg. Er kann aber nur gelingen, wenn Brüssel und Berlin verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, die Investitionen ermöglichen, Kostenrisiken abfedern und neue Märkte für klimafreundliche Produkte eröffnen. Die Ergebnisse des Stahlgipfels vom 06.11.2025 im Bundeskanzleramt werden begrüßt, die daraus folgenden weiteren Schritte müssen nun zügig angegangen werden.

1. Forderungen an die Europäische Union

Der SSGT fordert die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Rat auf:

- **Billigimporte verhindern, fairen Wettbewerb sichern**: Die Safeguard-Maßnahmen konsequent zu sichern und frühzeitig ein WTO-konformes Nachfolgeinstrument zu entwickeln, das den europäischen Stahlmarkt vor Dumping schützt.
- **Grüner Stahl wettbewerbsfähig**: Den CBAM zu vereinfachen, auf stahlintensive Produkte auszuweiten und wirksam gegen Umgehung abzusichern.
- **Bezahlbare Energie**: Einen europäischen Rahmen für wettbewerbsfähige, klimaneutrale Energie zu schaffen – insbesondere durch PPAs, Contracts for Difference und Entlastungen bei Netzentgelten. Energie und Wasserstoff müssen international wettbewerbsfähig sein.

- **Leitmärkte zum richtigen Zeitpunkt schaffen**: Einheitliche Standards und öffentliche Beschaffungsprogramme für *Low-Emission Steel* müssen nach und nach eingeführt werden, um Märkte für grünen Stahl auf der Zeitachse zu öffnen.
- **Handelspolitische Integrität**: Russland-Sanktionen vollständig durchzusetzen und verbleibende Schlupflöcher zu schließen, Handelsumlenkungen auf Grund der US-Zollpolitik auch mittels der Erhebung eigener Zölle hart ausbremsen / verhindern.
- **Verhinderung von Deindustrialisierung** durch Anpassung des Transformationspfads an die Leistungsfähigkeit der Branche

2. Forderungen an die Bundesregierung

Der SSGT fordert die Bundesregierung auf, die nachfolgenden Maßnahmen schnellst möglich umzusetzen, Der SSGT merkt positiv an, dass diese auch zu einem großen Teil bereits Gegenstand der Beratungen beim Stahlgipfel am 06.11.2025 gewesen sind:

- **Standortkosten senken**: Die Stromsteuerentlastung dauerhaft zu verstetigen und die indirekte ETS-Kostenkompensation langfristig abzusichern, die Einführung eines Industriestrompreises wird unterstützt.
- **Investitionen ermöglichen**: Klimaschutzverträge (Carbon Contracts for Difference) verlässlich fortzuführen und auf die Stahlindustrie auszurichten.
- **H_2-Infrastruktur sichern**: Die Anbindung des Saarlandes an das Wasserstoff-Kernnetz prioritär umzusetzen, um Investitionen in neue Anlagen und deren Betrieb nicht zu gefährden.
- **Wettbewerbsvorteil durch Beschaffung**: Öffentliche Vergaben so zu gestalten, dass klimafreundlicher Stahl sukzessive zum Standard im Bau- und Infrastruktursektor wird.
- **Bürokratie abbauen**: Planungs- und Genehmigungsverfahren im Energiebereich deutlich zu verbessern, zu beschleunigen und zu digitalisieren.
- **Infrastrukturmaßnahmen als Programm für die Infrastruktur und die Wirtschaft in Deutschland verstehen**: Die Ausschreibungsbedingungen sind so anzupassen, dass die Aufträge im Rahmen des geplanten Infrastrukturausbaues der Bundesregierung bevorzugt an deutsche und saarländische Unternehmen gehen können.

Mit dieser Resolution erklärt der Saarländische Städte- und Gemeindetag seine uneingeschränkte Unterstützung für die Stahlstandorte im Saarland. Wir erwarten von Brüssel und Berlin Entscheidungen, die es unseren Unternehmen ermöglichen, grünen Stahl wettbewerbsfähig zu produzieren und dies auf einem Transformationspfad der gleichzeitig die gesamte industrielle Basis des Saarlandes und Deutschlands und die internationale Wettbewerbsfähigkeit sichert.